



Bundeskanzlerin: Souverän durch die Fragestunde

Angela Merkel stellte sich erstmals Fragen der Abgeordneten

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte sich erstmals eine Stunde lang den Fragen der Abgeordneten, darunter auch Fragen zu Europa und Asylpolitik, zum Arbeitsmarkt sowie zum Wohnungsbau.

Angesichts der Abschottungspolitik von US-Präsident Donald Trump rief die Bundeskanzlerin Europa zu mehr Einigkeit auf. In ihrer ersten Befragung im Bundestag sagte sie, die Europäer müssten lernen, ihre Interessen geschlossen durchzusetzen.

Die Befragung der Kanzlerin im Bundestag ist ein neues Format, auf das sich die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt hatten und soll zukünftig drei Mal im Jahr stattfinden. Bei den Abgeordneten kam die Fragerunde sehr gut an.

In einem einleitenden Statement äußerte sich Angela Merkel zunächst zum bevorstehenden G7-Gipfel in Kanada, auf dem sie strittige Diskussionen erwartete. Mit Blick auf das Ausscheiden der USA aus dem Weltklima-Abkommen und dem Iran-Atom-Abkommen



Bundeskanzlerin Merkel bei der Regierungsbefragung

sowie die rechtswidrig verhängten Strafzölle sprach sie von einem „ernsthaften Problem mit multilateralen Abkommen“. Freier Welthandel sei aber die Basis dafür, dass Arbeitsplätze geschaffen würden und sich die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern könnten.

Merkel warb dafür, dass die Europäische Union in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlicher mit einer Stimme spreche. Dazu könne eine „Europäisierung“ der Sitze, die EU-Mitglieder im Weltsicher- Seite 2

Gesundheitsökonomien aus Weingarten in Berlin

Zum Hauptstadtkongress Pflege und Gesundheit waren Studentinnen und Studenten der Gesundheitsökonomie der Hochschule Ravensburg-Weingarten in dieser Woche in Berlin. Begleitend besuchte die Gruppe mit ihrem Professor, Dr. Axel Olaf Kern, auch Josef Rief im Bundestag. Rief freute sich sehr, auch Teilnehmer aus seinem Wahlkreis begrüßen zu können. Im Gespräch mit den Besuchern berichtete Rief von den Haushaltsberatungen, die gerade im Haushaltsausschuss stattfinden. Der Gesundheitshaushalt, für den Josef Rief für seine Fraktion verantwortlich ist, war am Mittwoch verhandelt worden. ■



Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb

facebook

Fortsetzung von Seite 1

heitsrat einnehmen, beitragen. Trotz der Meinungsverschiedenheiten mit Trump plädierte sie dafür, im Gespräch zu bleiben. Denn die USA und die EU teilten ein gemeinsames Wertefundament. Merkel rechtfertigte auch den Ausschluss Russlands aus der G8, nachdem das Land mit der Annexion der Krim einen Völkerrechtsbruch begangen hatte. Aber auch mit Moskau pflege man weiter den Dialog.

Was die Innenpolitik anbelangt, war das Interesse der Abgeordneten an der Bewältigung der strukturellen Probleme im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) groß. Die Kanzlerin stellte klar, dass sie dem damaligen Leiter der Bundesagentur für Arbeit, Weise, 2015 die Leitung des BAMF übertragen hatte, gerade weil das Amt damals komplett überlastet gewesen war. „Ich habe ihn unzählige Male gesprochen und habe ihn immer wieder ermuntert, uns alle Missstände, alle Unzulänglichkeiten zu sagen.“ Es bleibe aber noch viel zu tun. Die Verbesserung der Arbeit des BAMF sei ein kontinuierlicher Prozess.

Sie dankte den BAMF-Mitarbeitern für ihre Arbeit in und nach der außergewöhnlich schwierigen Lage 2015, in der Hunderttausende Flüchtlinge in kürzester Zeit nach Deutschland gekommen waren. Seitdem habe die Bundesregierung vieles verändert und arbeite an weiteren Maßnahmen, damit sich eine solche Situation nicht wiederhole. Gleichwohl bleibe es dabei: „In einer hu-

manitären Ausnahmesituation hat sich Deutschland sehr verantwortlich verhalten.“ Sie kündigte auch an, dass auf Grundlage eines neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes künftig wieder leichter abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan zurückgeführt werden können.

Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt kündigte Merkel den Bau von 1,5 Millionen neuer Wohnungen zu bezahlbaren Mieten an. Man brauche mehr Bauland, schnellere Verfahren und besseren Schutz für die Mieter - etwa durch eine Erweiterung ihrer Auskunftsrechte. Die Situation am Arbeitsmarkt bezeichnete Merkel als erfreulich. Deutschland verzeichne die niedrigste Zahl an Arbeitslosen seit der Wiedervereinigung. Man wolle sich aber auch darum kümmern, dass dauerhafte Arbeitsplätze entstünden und nicht nur Leiharbeit.

Mit Dringlichkeit will die Bundesregierung laut Merkel ein Zuwanderungsgesetz erarbeiten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Damit Deutschland beim digitalen Wandel mithalten könne, setze sich die Regierung für Qualifizierung, Ausbildung und lebenslanges Lernen ein. Der Schwerpunkt müsse aber in der betriebsinternen Weiterbildung liegen, betonte die Kanzlerin. Nicht zuletzt sei Forschungsförderung ein wichtiges Feld. So sei eine Strategie zur Förderung der Künstlichen Intelligenz dringend nötig. ■

Haushaltsausschuss berät über Einzelpläne

Der Haushaltsausschuss des Bundestages berät derzeit die Einzelhaushaltspläne der Ministerien. Am Mittwoch wurde der Einzelplan des Gesundheitsministeriums diskutiert. Josef Rief lobte als Berichterstatter seiner Fraktion für diesen Einzelplan das Engagement von

Gesundheitsminister Jens Spahn, speziell bei der Zusage der Soforthilfe der Bundesregierung für die Ebola-Bekämpfung im Kongo. Spahn stellte die Schwerpunkte seines Haushaltes vor und beantwortete Fragen der Mitglieder des Haushaltsausschusses. Der Gesamthaushalt soll am 5.7. vom Bundestag beschlossen werden. ■

Politik für Kinder:

Kindergelderhöhung auf den Weg gebracht

Die unionsgeführte Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur Erhöhung des Kindergeldes auf den Weg gebracht. Die Erhöhung von zunächst 10 Euro pro Monat soll nächstes Jahr in Kraft treten. Die Bundesregierung entlastet Familien 2019 um 4 Milliarden Euro und ab 2020 um knapp 10 Milliarden.

Zudem hat die Kinderkommission des Bundestages ihre Arbeit begonnen. Im Beisein der Bundesfamilienministerin konstituierte sich die Kommission, die sich um die Wahrung der Belange der Kinder im Parlament kümmert. Die Unionsabgeordnete Bettina Wiesmann steht der Kinderkommission zunächst vor. ■

